

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報
Eingetragen als Zeitung
auf dem Chines. Postamt.
紙之立掛特郵中
報券號准政華

Motto:

Ohne Rücksicht auf Parteien
Treu der alten Heimat und der neuen.

4. Jahrgang

Tientsin, Sonnabend, den 25. März 1933.

Nummer 761

Die Regierung mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet

Eine vierjährige Regierungszeit ohne Parlament — Hitler verspricht allen nationalen Aufbaukräften gerecht zu werden — Feinden des Staates werden barbarische Strafen angedroht

Berlin, den 24. März (Havas). Hitlers Regierung ist auf vier Jahre ermächtigt worden, Gesetze zu erlassen und in Kraft zu setzen, ohne dass sie einer Bestätigung des Reichstags bedarf.

In seiner Ansprache an das Haus sagte Hitler, dass die ihm übertragene Macht nicht zur Unterdrückung der deutschen Bundesstaaten benutzt werden solle, sondern als eine Garantie für eine einheitliche Durchführung der Politik der Reichsregierung im ganzen Reiche und für den Erlass einer neuen Verfassung nach den Richtlinien der neuen Regierung.

Die Wiedereinführung des monarchistischen Systems steht ausser Frage, und jeder diesbezügliche Versuch eines der deutschen Bundesstaaten würde als Anschlag auf die Einheit des Reichs angesehen werden.

(In der Lesart des Reuter Telegramms heisst dieser Passus: Die Frage der Wiedereinführung der Monarchie ist jetzt noch nicht spruchreif. Jeder Versuch der einzelnen Staaten, dies Problem von sich aus zu lösen, würde als eine die Sicherheit des Reichs gefährdende Aktion angesehen werden müssen.)

Der Reichskanzler ging dann auch auf die sogenannte Kriegsschuld, die Revolution von 1918 und die Weimarer Verfassung ein, der durch den neuen Reichstag eine Ende bereitet worden ist.

Er sagte ferner, dass die vollkommene Ausrottung des Kommunismus nicht nur im Interesse Deutschlands sondern ganz Europas liege.

Bezüglich der gottlosen Vereinigungen, erklärte Hitler, dass er sich auf keinerlei Kompromisse einlassen werde. Die protestantischen und katholischen Kirchen sind die wirksamsten Faktoren für die Aufrechterhaltung des Ansehens der deutschen Rasse.

Alle Konfessionen sollen gerecht behandelt werden, sofern sie nicht gegen die bestehenden Gesetze verstossen. Alle diesbezüglichen Verbrechen werden erbarmungslos geahndet werden.

Was das Wirtschafts- und Finanzprogramm der Regierung anbelangt, so haben wir nicht die Absicht, uns auf Experimente einzulassen, sondern sind entschlossen unsere Landwirtschaft, unseren Arbeitern und dem Mittelstand bis zum Äussersten zu helfen. Wir werden unermüdet unseren Kampf gegen die Arbeitslosigkeit fortsetzen.

Kein Frieden ohne ein gleichberechtigtes Deutschland

London, den 24. März (Havas). Vor überfüllten Gallerien und in Anwesenheit vieler Mitglieder des diplomatischen Korps ging Ersterminister MacDonald im Unterhause auf die wesentlichen Punkte ein, über die er in Rom und Paris verhandelt hat, um einen Vier-Mächte-Pakt zustandezubringen.

Der britische Ersterminister erklärte, dass er sowohl wie Mussolini die Notwendigkeit einer Revision der Friedensverträge eingesehen hätten, obgleich dafür noch kein bestimmter Plan ausgearbeitet worden sei.

MacDonald sagte weiter, dass die meisten der europäischen Schwierigkeiten auf die Hauptursache — das Versailler System — zurückzuführen sind.

Jede europäische Politik, die einen dauerhaften Frieden anstrebt, muss Deutschlands Gleichberechtigung anerkennen.

Um die in Russland verhafteten Engländer — England greift zu schärferen Massnahmen

London, 23. März (Reuter). Die Sowjetgesandtschaft gibt bekannt, dass der Staatsanwalt sich mit der Freilassung der drei Engländer Thornton, Gregory und Cushny gegen eine Bürgerschaft einverstanden erklärt hat. Für Thornton sind 20 000 Rubel und für die beiden anderen je 15 000 Rubel als Sicherheit zu hinterlegen.

Moskau, 23. März (Reuter). In einer Unterredung mit der „Istwestija“ dementierte der Staatsanwalt das Gerücht, dass die verhafteten Engländer einer Untersuchung „dritten Grades“ unterworfen würden.

Er sagte, dass auf die Verhafteten keine Druckmassnahmen ausgeübt werden, und dass eine Untersuchung „dritten Grades“ der russischen Rechtsprechung absolut fremd sei.

Die öffentlichen Verhandlungen werden Anfang April im Obersten Gerichtshof stattfinden.

Im Hinweis auf die Reichswehr sprach Hitler die Hoffnung aus, dass die Abrüstung der anderen Staaten uns der Notwendigkeit entbinden möge, selber aufzurüsten.

Deutschland verlangt, dass seine Lebensinteressen gewahrt werden, und dass es dieselben Freiheiten erhält, wie sie andere Staaten geniessen. Unter diesen Umständen ist Deutschland bereit, mit allen ausländischen Staaten ein loyales Bündnis einzugehen.

Hitler begrüsst dann die Abrüstungs- und Friedensvorschläge MacDonalds und Mussolinis, an deren Verwirklichung teilzunehmen die Reichsregierung bereit ist.

Ferner sagte der Reichskanzler, dass Deutschland die bestehenden friedlichen Beziehungen zu Italien, dem Vatikan, Oesterreich und der Sowjet-Union weiter pflegen will. Bezüglich Russland wies er jedoch darauf hin, dass der Kampf gegen den Kommunismus in Deutschland eine rein interne Angelegenheit sei und Deutschlands auswärtige Beziehungen in keiner Weise berühre.

Schliesslich sprach er die Hoffnung aus, dass ein Kompromiss mit den Staaten zustandekommt, zu denen Deutschland noch nicht in einwandfreien Beziehungen steht, aber ein solcher Kompromiss könne von Deutschland nur dann angenommen werden, wenn der Unterschied zwischen Sieger und Besiegten endgültig falle.

Berlin, den 24. März (Havas). Vor der Krolloper hatte sich eine ungeheure Menge versammelt, um die mit diktatorischen Vollmachten ausgestattete nationalsozialistische Regierung zu begrüßen. Unter der Menge waren mehrere tausende Nationalsozialisten in Uniform. Hitler erschien auf dem Balkon und sagte in einer kurzen Ansprache, dass der erste Schritt getan sei. Er forderte das Volk auf, die Regierung loyal zu unterstützen, damit der zweite Schritt zu gegebener Zeit folgen könne, um dem deutschen Volk Freiheit, Grösse und Ehre zurückzugeben.

Während der gestrigen Sitzung war das Gebäude und die zu ihm führenden Strassen von Armeeooffizieren bewacht. Schupo wurde in Bereitschaft gehalten.

London, den 24. März (Havas). Das Auswärtige Amt hat den britischen Gesandten in Moskau kategorisch angewiesen, die sofortige und bedingungslose Freilassung der britischen Untertanen, die man in Moskau gefangen gesetzt hat, zu verlangen.

Sollten die Sowjets dieser Forderung nicht sofort stattgeben, werden alle für England bestimmten Sowjetwaren mit dem 17. April, dem Tage, an dem das bisherige Handelsabkommen zwischen beiden Staaten abläuft, mit Beschlag belegt.

Zehntausend jüdische Reservisten

New-York, 23. März (Reuter). Zehntausend jüdische Reservisten marschierten auf das Rathaus und baten den Bürgermeister O'Brien, gegen die Angriffe auf die Juden in Deutschland Protest einzulegen und einen freiwilligen Boykott deutscher Waren anzuregen.

Berlin, 23. März (Reuter). Es wird zugegeben, dass zu Beginn der nationalen Revolution einige Terrorakte vorgekommen sind, aber in amtlichen Kreisen wird erklärt, dass es damit vorbei ist, und dass die Regierung Herr der Lage ist.

Berlin, den 24. März (Havas). Die Regierungspresse veröffentlicht eine halbamtliche Note der Reichsregierung in der es heisst, dass sie energische Schritte gegen die Verleumdung der neuen deutschen Regierung im Auslande unternehmen wird.

Bezüglich der Drohung mit einem wirtschaftlichen Boykott, die besonders in gewissen Kreisen in den Staaten laut wird, sagt die Note, dass diese Kreise wiederholt daran erinnert worden sind, dass Deutschland mit den Vereinigten Staaten eine ungünstige Bilanz hat, dass Deutschland mehr Waren in den Vereinigten Staaten kauft als dorthin verkauft, und dass infolgedessen jeder wirtschaftliche Druck ein Nachteil für die Vereinigten Staaten würde.

Eine andere Frage, so heisst es in der Note, ist die der deutschen Privatschulden an Amerika. Wie diese bei einem wirtschaftlichen Boykott normal zu regulieren sind, bleibt eine offene Frage.

Die Lüge von Versailles

Dem am 22. März unter dem Titel „Towards Democracy“ in The China Press erschienenen Leitartikel entnehmen wir nachfolgenden Absatz, der wegen seiner Stellungnahme zu der Gründung der deutschen Republik bezeichnend ist.

„Als die beiden grössten politischen Umwälzungen in den letzten Jahren sind die Revolution in Spanien, durch die die alte Monarchie durch eine weltliche Republik mit starkem sozialistischem Einfluss ersetzt worden ist, und der kürzliche Umschwung in Deutschland zu bezeichnen, für den das äussere Kennzeichen der Flaggenwechsel ist. Vom Standpunkt der Weltpolitik ist die Umwälzung in Deutschland natürlich weit höher zu bemessen, obgleich das republikanische System in Deutschland niemals in den inneren Werten der Demokratie eine solide Basis gefunden hat.“

Hitlers Erklärung, dass die deutsche Republik „auf Lügen basiert ist“, hat in einer Beziehung jedenfalls seine Berechtigung. Als Deutschland im Jahre 1918 um Frieden nachsuchte, geschah dies auf Grund der „14 Punkte Wilsons“, die keine Annektionen“ und keine Tributzahlungen versprachen, die einen gerechten und dauernden Frieden garantierten, die es aber ablehnten, mit der damals bestehenden kaiserlichen Regierung einen solchen Frieden zu schliessen. Es gibt heute wohl nur noch wenige, die ableugnen, dass das deutsche Volk damit betrogen worden ist. Die Monarchie ging zu Ende, ein demokratisch-parlamentarisches Regime wurde an seine Stelle gesetzt, aber annektiert wurde trotzdem so viel wie nur möglich, ohne allerdings eine vollkommene Aufteilung Deutschlands herbeizuführen, und die Tributforderungen konnten kaum schwerer sein — so schwer tatsächlich, dass es unmöglich war sie zu bezahlen. Sie mussten daher auch bald als Utopie aufgegeben werden. Ob die annektierten Gebiete aus demselben Grund zurückgegeben werden, ist allerdings eine andere Frage, die vielleicht einmal mit Waffengewalt gelöst werden muss.

Es ist jedoch klar, dass Deutschland auf der Versailler Konferenz nicht das Geringste dadurch gewann, dass es sich von der Monarchie lossagte. Und in der Hinsicht, dass Deutschland seine Staatsform auf Grund von Versprechungen änderte, die nicht eingehalten worden sind, hat Hitler recht, wenn er sagt „Die deutsche Republik basiert auf Lügen“. Selbst wenn es sich hier nicht um Lügen der deutschen Demokraten und Sozialisten handelt, so bleibt doch die Tatsache bestehen, dass die Republik auf Lügen aufgebaut ist.“

Hier bricht leider die Beweisführung der „China Press“, dass die deutsche Republik auf Lügen basiert, auf halben Wege ab. Aussenpolitisch mag sie in dem wesentlichsten Punkt zu Ende geführt sein, wengleich die Zeitung aus dem mutigen Geständnis, dass die Alliierten das deutsche Volk in Versailles betrogen haben, die Schlussfolgerungen zu ziehen, leider unterlässt. Diese Schlussfolgerung kann nur heissen: „Der auf Betrug aufgebaute Vertrag ist revisionsbedürftig.“

Innenpolitisch kann aber kein Weltgericht die deutschen Sozialisten und ihre Mitläufer von der Anklage freisprechen, dass ihnen der Hass unserer Feinde gegen das alte System sehr gelegen kam, und dass sie diesen Bundesgenossen nicht abgelohnt haben, weil sie sich für ihre Parteinteressen Vorteile davon verprachen. Trotz mancher Warnung haben die Machthaber von 1919 das Friedensdiktat und die Kriegsschuldfrage unterschrieben. Und hier begann, wenn nicht schon früher, die Lüge sich in die eigenen Reihen einzunisten. Aus Parteigründen wollten und durften die durch Deutschlands Feinde auf den Thron gesetzten Machthaber ihren Volksgenossen nicht eingestehen, dass sie in Versailles gezwungen worden waren, eine Lüge zu unterschreiben. Zehn Jahre lang hat keine deutsche Regierung den Mut gefunden, das Versailler Diktat als Betrug zu brandmarken denn damit wäre ihre eigene Stellung erschüttert worden. Das deutsche Volk wurde mit Versprechungen und rosigen Zukunftsbildern hingehalten; Lügen glaubte man mit feigen Lügen verschleiern zu können. Einmal aber musste der Zeitpunkt kommen, wo dies fadenscheinige Lügengewebe zerrissen werden musste, wenn das deutsche Volk in seinem innersten Kern noch nicht verrotten war. Und dieser Zeitpunkt ist mit Uebnahme der Reichsgewalt durch die nationale Regierung gekommen. Wir können nur hoffen und wünschen, dass ihr Erfolg wird, und unser Bestes dazu beizutragen versprechen. Der Konnex mit dem Volke, um den sich die bisherigen Regierungen nie ernstlich bemüht haben, und durch dessen Unterschätzung als wichtigste Vorbedingung für den äusseren Erfolg sie sich selber das Grab gegraben haben, ist jedenfalls der nationalen Bewegung sicher.